



K(r)ampf gegen Neonazis

Dass der Rechtsextremismus eine Bedrohung für eine freiheitliche, offene Gesellschaft darstellt, ist spätestens seit den Morden der NSU-Gruppe bekannt. In Hamm kämpfen viele Bürger seit Jahren in unterschiedlichen Gruppen ge-

gen Rechtsradikale in der Stadt. Inzwischen ist auch die Verwaltung aktiv geworden und hat ein Gutachten zum Thema in Auftrag gegeben. Erarbeitet wurde es von Claudia Luzar, einer Wissenschaftlerin aus Hamm, die zuvor bei einer

Opferberatung in Dortmund tätig war. Dort war es zum Bruch gekommen: Luzar wollte zugleich die Opfer rechtsextremer Gewalt und Nazi-Aussteiger beraten. Dafür sei sie unprofessionell offen auf die rechten Kameraden zugegan-

gen. In ihrer alten Heimat spielt diese Vorgeschichte allerdings keine Rolle. In dem Gutachten schlägt sie ein Projekt für Hamm vor – und sie selbst wird es leiten. Eine Stelle hat sie bereits zugesagt bekommen.



Claudia Luzar stellte ihre Analyse im Jugendhilfeausschuss vor.

Foto: Szkudlarek

Einen Job geschaffen

Kungeleiverdacht bei einem Projekt zum Thema Rechtsextremismus

Hamm (mig). Die Stadt Hamm will mehr tun gegen politischen Extremismus. Das ist das Ergebnis einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses. Dort hatte die aus Hamm stammende Politologin Claudia Luzar ihre „Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ vorgestellt. Darin empfiehlt ein „Ausstiegsprojekt für extremistische und radikalisierte Jugendliche“. Diese Empfehlung griff der Ausschuss auf und stimmte einer Beschlussvorlage zu, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit der Durchführung eines entsprechenden Programms des Bundes zu beauftragen. Leiten wird das Projekt Luzar selbst, die Autorin der Radikalismus-Analyse. Allerdings: Eine Reihe von Begleitumständen sorgte für Aufregung bei Ausschussmitgliedern und Beobachtern.

So wurden den Ausschussmitgliedern die Unterlagen erst am Tag der Sitzung zur Verfügung gestellt: Die hundertseitige Analyse lag auf dem Tisch, erst kurz zuvor war die Beschlussvorlage ins Internet gestellt worden. Dabei lag Luzars Analyse der Stadt seit Monaten vor. Zeit, sich mit dem Thema zu beschäftigen, blieb den Ausschussmitgliedern also nicht.

Und sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Fördermittel für das zu beschließende Projekt waren vom Roten Kreuz laut Beschlussvorlage bereits im Oktober vergangenen Jahres beantragt worden. Und auch die Anstellung von Claudia Luzar war bereits beschlossen.

Für Irritationen sorgte auch die Thematik der Arbeit von Claudia Luzar. Erwartet hatte der Ausschuss eine Analyse

des Rechtsextremismus in Hamm und keine viel weiter gefasste Analyse des Radikalismus insgesamt. Noch im Januar 2014 trug ein Zwischenbericht Luzars zum Thema einen anderen Titel: „Hammer Bestandsanalyse und Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus“ hieß die Präsentation, die sie dem Runden Tisch gegen Rassismus und Gewalt vorstellte. Hinzugekommen sind seitdem die Themen türkischer Nationalismus und Salafismus. Erläutern wollte die Autorin die Veränderung des Schwerpunktes gegenüber dem Stadtanzeiger nicht.

Auffällig an der Analyse ist, dass sie sich stark auf Interviews stützt: 52 Interviews und 24 teilnehmende Beobachtungen gibt Claudia Luzar an. Eine Dokumentation des Wortlautes aber fehlt. Gleich fehlt ein Faktencheck – wie sie in der Geschichtswissenschaft mündlich erzählter Geschichte notwendig ist. Auch hierzu wollte Luzar sich nicht äußern.

Den Job für die Stadt aber hat sie sicher. Rudolf Haase, Vertreter von SDJ „Die Falken“ im Jugendhilfeausschuss, war es, der nach der Besetzung der geschaffenen Stelle fragte – eine Pause und einen langen Blick zwischen Jugendamtsleiter Raul Termath und der Ausschussvorsitzenden Judith Schwienerhorst (CDU) später sagte Termath: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, Frau Luzar für diese Aufgabe zu gewinnen.“ Haase: „Es ist doch seltsam, dass Herr Termath ‚uns‘ sagt, obwohl doch das Rote Kreuz Träger der Maßnahme ist.“

Luzar war zuletzt wissen-

KOMMENTAR

Eine Hand wäscht die andere

Da treffen sich zwei, die sich brauchen. Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann ist es schon lange ein



Dorn im Auge, dass der Haekelclub und der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt die wichtigsten

Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus sind – denn beide agieren völlig unabhängig von ihm. Und die Politologin Luzar braucht nach der Kündigung bei Backup eine feste Einnahmequelle.

Also einigt man sich: Sie legt eine Analyse vor, die das Thema Rechtsextremismus um Salafismus und türkischen Nationalismus erweitert und es so herunterspielt. Und er verschafft ihr den Job in dem Projekt, das sie selbst vorgeschlagen hat.

Alles deutet daraufhin, dass der Deal so gelaufen ist. Und das überfallartige Vorgehen im Jugendhilfeausschuss sollte das verschleiern. Transparenz sieht anders aus. Michael Girkens

Aus seinem Umfeld war zu erfahren, dass Claudia Luzar zugleich Opfer rechter Gewalt und Aussteiger aus der rechten Szene habe beraten wollen. Dieter Frohloff von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus hält es für „schwierig, wenn Opferberatung oder auch Ausstiegsberatung mit Organisierten der Neonazis Kontakt hält, zumal eine pädagogische Einwirkung nicht möglich ist.“ Das sei nur bei „rechtsaffinen, noch nicht aktionsorientierten“ Jugendlichen möglich.

Ein Rat suchendes Opfer will keinen Kontakt mehr

Zugleich können indirekte Interessenskonflikte entstehen: Ein Opfer will eine Verurteilung des Täters, womöglich eine Entschädigung, ein ausstiegswilliger Täter aber möchte ohne Vorstrafen davonkommen und nicht noch mit finanziellen Belastungen in ein neues Leben starten.

Die Vermischung der Beratungen kann auch ganz direkt zu Problemen bei der Arbeit führen. Ein Opfer einer rechtsextremen Gewalttat in Hamm suchte Unterstützung bei Backup und traf auf Luzar. „Claudia hat mehr nach meinem Umfeld und meiner angeblichen Gewaltbereitschaft gefragt als nach dem Umständen der Tat“, sagte er dem Stadtanzeiger. Er lehnt heute jeden Kontakt mit Luzar ab. Immerhin: Durch die Beratung wurde ihm ein Anwalt vermittelt, der ihn gut vertreten habe.

Auch Justus Moor, Mitgründer des Haekelclubs, lehnt die Zusammenarbeit mit Claudia Luzar ab: „Ich halte ihre Arbeit mit Neonazis für zu wenig distanziert.“

HINTERGRUND

Runder Tisch wehrt sich gegen die Einschätzung aus der Luzar-Analyse

Aus der „Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ von Claudia Luzar: „Der Runde Tisch ist in seiner bisherigen Arbeitsweise nicht effektiv, ja überfordert. Dort gibt es kaum Expertise (weshalb man sich auf den Haekelclub verlässt), vielmehr wird er von Berufsfunktionären getragen (Kirche/Gewerkschaft), die ihn qua Zuständigkeit aufrechterhalten, aber selbst einsehen, dass es einer professionellen Struktur bedarf, um den demokratiefördernden Ent-

wicklungen in Hamm zu begegnen.“

Pfarrer Dr. Tilman Walther-Sollich, Sprecher des Runden Tisches, hält dagegen:

„Die Bewertung des Runden Tisches durch das Gutachten von Claudia Luzar ist mehr als verwunderlich. Es wird hier eine sehr einseitige Momentaufnahme, die vor über einem Jahr in einer durchaus krisenhaften Phase entstand, verallgemeinert.“

Dagegen wird überhaupt nicht gewürdigt, dass am Runden Tisch wirklich so gut

wie alle relevanten demokratischen Kräfte mitwirken, was im Vergleich mit anderen Städten einzigartig ist, aber auf Grund der unterschiedlichen Einstellungen, die hier aufeinandertreffen, fast zwangsläufig auch zu Kontroversen führen muss.

Ebenso wenig erkennt das Gutachten, dass es maßgeblich die Arbeit des Runden Tisches war, die gegen viele parteipolitische Einwände seit fast 15 Jahren die Relevanz des Themas Extremismus immer wieder in die Öff-

fentlichkeit getragen und mit dafür gesorgt hat, dass es nicht unter den Teppich gekehrt werden konnte.

Ob dem Runden Tisch mangelnde Kompetenz vorzuwerfen ist, mag jeder selbst vor dem Hintergrund entscheiden, dass neben manchen anderen Fachleuten auch der Polizeipräsident, der Migrationsbeauftragte der Stadt Hamm und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg mitarbeiten.“

Radikalisierung nicht immer rechts

Gutachten fordert ganzheitliche Betrachtung

HAMM ■ „Hammer Verhältnisse – Eine Analyse zum Radikalismus und soziokulturelle Konflikte der Stadt Hamm“ lautet der Titel eines Gutachtens der aus Hamm stammenden Konflikt- und Gewaltforscherin Dr. Claudia Luzar. Die Studie, die unter anderem auf 52 Interviews mit Aktiven, Aussteigern und Betroffenen beruht, bietet eine Analyse der Entwicklung der rechtsextremen Szene in Hamm über mehr als zwei Jahrzehnte.

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass der Rechtsextremismus in Hamm nicht isoliert betrachtet werden dürfe, sagte Luzar gestern bei der Vorstellung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Im Fokus müsse vielmehr das demokratische Zusammenleben in der Hammer Stadtgesellschaft stehen, die stark geprägt sei von den historisch gewachsenen, völlig verschiedenen Lebensbedingungen in den Stadtteilen. Ein weiteres Resultat: Radikalisierung dürfe nicht allein auf das Phänomen Rechtsextremismus reduziert werden. Radikalisierung von Jugendlichen gebe es ebenso in vom Islamismus und vom Salafismus geprägten Milieus. Bei der Ursachensuche stoße man auf eine Art gemeinsamen Nenner: Jede Ausprägung der Radikalisierung beruhe auf „Ungleichwertigkeitsvorstellungen“. Radikalisierten jungen Menschen sei immer eines gemein – „das tiefempfundene Verlangen nach politischer Veränderung“, sagte Luzar. Solche Jugendlichen fühlten ihre Interessen in den demokratischen Strukturen der Stadtgesellschaft nicht ausreichend wahr- und ernstgenommen. Sie vertrauten nicht auf die Lösungskompetenz der demokratischen Or-

gane. Um Tendenzen zur Radikalisierung den Nährboden zu entziehen, müsse hier angesetzt werden.

Das Gutachten macht eine Reihe von Handlungsempfehlungen: Schon in Kindertagesstätten und Schulen müssten Demokratisierungsprozesse stärker vermittelt werden. Mitbestimmung und Beteiligung sollten in den Hammer Schulen künftig einen höheren Stellenwert bekommen. Auch in der Stadtteilarbeit solle Beteiligungsorientierung stärker im Vordergrund stehen. Das seit 2011 bestehende Projekt „Toleranz fördern – Kompetenz stärken – Lokaler Aktionsplan Heessen“ sei ein Positivbeispiel, heißt es in der Verwaltungsvorlage. „Heessener Bürger setzen sich im Projekt für ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander im Stadtteil ein. Sie engagieren sich aktiv gegen Ausgrenzung und verhindern extremistische und fremdenfeindliche Tendenzen.“

Runder Tisch „nicht effektiv“

Kritik äußerte Gutachterin Luzar am „Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt“. „Zieldefinition und Handlungsrahmen sind unklar. Außerdem fehlen am Tisch Vertreter von Migranten und deren Organisationen“, sagte Luzar. „Der Runde Tisch ist in seiner bisherigen Arbeitsweise nicht effektiv, ja überfordert“, heißt es im Gutachten. „Dort gibt es kaum Expertise, vielmehr wird er von Berufsfunktionären getragen.“ Problematisch sei auch die starke Orientierung am „haekelclub 59“, der seine Position zum gewaltbereiten Arm der autonomen Antifa nicht hinreichend geklärt habe. ■ dff

Hilfe für radikale Jugendliche

Stadt erprobt neues Aussteigerkonzept / Bis 2019 Gesamtkosten von 785 000 Euro

HAMM ■ Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) ein neues Aussteigerkonzept zur Eindämmung von Radikalisierung Jugendlicher entwickeln und erproben. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschloss gestern ein entsprechendes Modellprojekt mit dem Namen „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Das Projekt soll am 1. März starten. Die Finanzierung ist zunächst bis zum Ende 2019 gesichert. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf rund 785 000 Euro, wovon die Stadt Hamm 20 Prozent (157 000 Euro) übernehmen wird. 80 Prozent werden aus Bundesmitteln aufgebracht. Während des gesamten Projektzeitraums werden 1,5 pädagogische und wissenschaftliche Fachkräfte kontinuierlich tätig sein. Auf Nachfrage hieß es, eine Stelle werde Dr. Claudia Luzar übernehmen. Die aus Hamm stammende Wissenschaftlerin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hatte im Auftrag der Stadt Hamm ein Extremismus-Gutachten erstellt, das ebenfalls gestern erstmals vorgestellt wurde. Als ein Fazit empfiehlt Luzar der Stadt ein solches Aussteigerprojekt für extremistische und radikalisierte Jugendliche.

Das Projekt habe Modellcharakter und werde von bundesweit erfahrenen Trägern der Delinquenzprävention und der Ausstiegshilfen begleitet, „so dass die Erprobung der Methoden in der

Stadt Hamm gleichsam ein Laboratorium beziehungsweise eine Werkstatt der Methodeninnovation wird“, heißt es in der Beschlussvorlage der Verwaltung. Das Projekt hat als Zielgruppe junge Menschen aus Hamm mit einer beginnenden extremen Orientierung und Radikalisierung, die erstmals straffällig wurden. Über eine individuelle Arbeit mit den Betroffenen soll auf deren soziale und ideologische Deradikalisierung hingewirkt werden.

„Sie sollen in ihrem Werte- und Normenkanon hinterfragt werden und humanistische Alternativen der Lebens- und Konfliktführung kennenlernen“, heißt es weiter. Auf diese Weise sollen mit den Betroffenen „Chancen zur Umkehr“ und Alternativen für die eigene Biographie

erarbeitet werden. Als Partner sollen auch Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Justiz und das Jugendamt eng in das Modellprojekt eingebunden werden. Damit solle unter anderem auch die Verbindlichkeit der Projektteilnahme gesichert werden.

Ziel sei es auch, ein Praxishandbuch zur Deeskalierungsarbeit zu entwickeln, das auch als Leitfaden für andere Kommunen dienen soll, um analoge Strukturen aufzubauen. In dem Handbuch sollen verschiedene Trainings- und Coachingmethoden mit extremistischen und radikalisierten Jugendlichen beschrieben und die dabei auftauchenden Schlüsselprobleme analysiert werden.

Luzar stellte ihr Gutachten ausführlich vor. ■ dffb

→ 3. Lokalseite

Migranten erleben Ablehnung

Radikalismus-Studie benennt Ursachen für Radikalisierungstendenzen Jugendlicher

HAMM ■ Die Studie „Hammer Verhältnisse“ der aus Hamm stammenden Konflikt- und Gewaltforscherin Dr. Claudia Luzar (WA berichtete) wirft Licht auf vorhandene Konfliktpotenziale und Radikalisierungstendenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dauerhafte Desintegrationserfahrungen fungierten als „Konfliktmotoren“ heißt es in dem Gutachten.

Was damit gemeint ist, wird durch Interviews mit in Hamm in zweiter und dritter Generation lebenden Migranten deutlich. Sie hätten in ihrer Jugendzeit das Gefühl der Ausgrenzung aus Gruppen anderer Jugendlicher gehabt, wird ein Befragter zitiert. Das habe ihn dazu bewogen, eine besondere Identifikation mit der mythischen Welt von Überlieferungen und Erzählungen des „Türkentums“ zu entwickeln, heißt es in der Untersuchung.

Die Interviewten gaben an, Deutschland als ihre Heimat zu betrachten. Sie sagten ferner, sich in Deutschland wohl zu fühlen, politisch interessiert zu sein und sich als Hammer Bürger für Fragen des Zusammenlebens engagieren zu wollen. Die Türkei sei dennoch ihre „kulturelle Heimat“, die sie bewahren wollten. Das sei aber nicht automatisch ein Bekenntnis zum Islamismus. „Sehr kritisch stehen die Interviewten der AKP (Regierungspartei von Ministerpräsident Erdogan) gegenüber, die eine ‚Islamisierung‘ der Türkei anstrebe, was zu einer Schwächung der türkischen Nation führen könne, da Islamisten sich vor allem der Religion und nicht dem Staat verpflichten fühlen



In einer Sondersitzung stellte Gewaltforscherin Dr. Claudia Luzar (links) im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ihre Studie „Hammer Verhältnisse“ erstmals öffentlich vor. ■ Foto: Szkudlarek

ten“, schreibt Luzar. An mehreren Stellen hätten sich Interviewte ausdrücklich dagegen ausgesprochen, dass jemandem eine Religion aufgezungen werde.

Der Toleranz gegenüber anderen Religionen sind im Privatleben von türkischen Migranten aber offenbar enge Grenzen gesetzt. Eine Ehe mit einer nicht-muslimischen Partnerin sei ausgeschlossen, sollte diese ihre Kinder christlich oder jüdisch erziehen wollen, sagten die Befragten. Moderne Familienformen und homosexuelle Partnerschaften werden strikt abgelehnt.

Viel Kritik übten die Befragten an der mangelnden Anerkennung und Würdigung des gesellschaftlichen Beitrags der Migranten. Trotz angenommener Deutscher Staatsbürgerschaft würden sie weiterhin als „Türken“ gesehen und als rückständige oder primitive Subkultur bezeichnet.

Es gebe deutliche Diskriminierungen und starke Ressentiments gegenüber Südeuropäern.

Dies kann laut Studie der Nährboden für Jugendliche mit türkischen Wurzeln sein, die auf der Sinnsuche sind und sich dann Vorbilder in der islamistischen und salafistischen Szene suchen. Die Kontakte in diese Szene liefen nicht in erster Linie über die Moscheevereine, sondern über das Internet und enge Freundeskreise. In Hamm existiere zwar „keine organisierte salafistische Szene“, dafür bestünden aber Kontakte von Einzelpersonen nach Dortmund, Köln, Mönchengladbach und Wuppertal sowie ins Münsterland. Radikale muslimische Jugendliche und junge Erwachsene gebe es nach Angaben der Interviewten in Hamm-Mitte, Herzingen und Heessen. Sie seien auffällig gekleidet und würden beim Gebet in den Mo-

scheegemeinden geduldet, so lange sie nicht versuchen, nach dem Gebet zu missionieren, heißt es in der Studie.

Der Nährboden für die Hinwendung zum Salafismus seien ebenfalls Missachtungs-, Demütigungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Die Schulhöfe in Hamm seien voll von Zeugnissen über Deutungskämpfe: „Schieß Deutschland“, „Allah ist überall“, „fuck muslim-love christ“ lauten solche Tags (Markierungen), die sich zu Hauf auf Holzbänken eingeritzt wiederfinden.

Nach Aussage eines befragten Lehrers hätten muslimische Jugendliche mittlerweile „die physische und verbale Dominanz auf dem Schulhof“. Ihr Wissen über den Islam sei fragmentarisch. Sie suchten sich Begriffe wie den der „Ehre“ heraus und übten mit dieser Vorstellung Dominanz über andere Jugendliche aus. ■ dff

Gewaltforscherin kann Anzahl Rechtsextremer in Hamm nicht beziffern

Linken-Ratsherr Roland Koslowski zeigte sich am Montag im Kinder- und Jugendhilfeausschuss verwundert darüber, dass die Radikalismus-Studie „Hammer Verhältnisse“ in ihrem Titel mit keiner Silbe mehr auf das Phänomen des „Rechtsradikalismus“ eingeht. „Das war doch unser Ausgangspunkt, dass Hamm neben Dortmund und dem Aachener Land als dritter Schwerpunkt für Rechtsradikalismus in Nordrhein-

Westfalen ausgemacht worden sei. Die knapp 90-seitige Untersuchung der Gewaltforscherin Dr. Claudia Luzar beschreibt zwar umfassend die mehr als 20-jährige Geschichte der rechtsextremistischen Szene in Hamm, sie beziffert aber nicht, wie groß der Personenkreis aktuell ist. Luzar sagte am Montag, zwischenzeitlich seien etliche Personen aus der Hammer Rechtsradikalen-Szene nach Dortmund ausgewandert. Auf

WA-Nachfrage sagte Luzar gestern, dass etwa zwei Dutzend Hammer Rechtsextremisten nach Dortmund umgezogen seien. Es sei sehr schwierig, festzustellen, wieviele Personen mit rechtsextremer Einstellung in Hamm zurzeit leben. Die Szene sei „sehr fluide“. Sie gehe von einer niedrigen dreistelligen Zahl aus. Bei Rechten-Demonstrationen seien seit Jahren ziemlich konstant 200 bis 300 Personen an-

zutreffen. Die Aufmärsche in Hamm würden aber durch die Dortmunder Rechtsextremisten-Szene unterstützt. Der innere Kern der inzwischen verbotenen Kameradschaft Hamm und jetzigen Partei „Die Rechten“ um Sascha Krolzig sei nach wie vor aktiv. Es gebe auch einen größeren Personenkreis, der an regelmäßigen Treffen teilnehme. Der Sympathisantenkreis sei aber weit aus größer. ■ dff

Massive Kritik am Gutachten

„haekelclub 590“ rechnet mit Radikalismus-Studie ab / „Neonazismus verharmlost“

HAMM ■ Die Radikalismus-Studie „Hammer Verhältnisse“ der Konfliktforscherin Dr. Claudia Luzar hat den „haekelclub 590“ auf den Plan gerufen. In Vorbereitung der Vorstellung des Gutachtens heute beim „Runden Tisch gegen Gewalt und Radikalismus“, dem der haekelclub selbst angehört, haben die Akteure um Ratsherrn Justus Moor (SPD) den Mitgliedern eine Handreichung mit einer ersten Bewertung des Gutachtens zukommen lassen. Das neunseitige Papier, das der Lokalredaktion vorliegt, kommt zu einem vernichtenden Urteil. Das Gutachten weise schwerwiegende methodische, wissenschaftliche und inhaltliche Fehler auf.

Die Basis für die Studie seien 52 qualitative Interviews und 24 teilnehmende Beobachtungen. Die Autorinnen würden aber keinerlei Aussagen zu den angewandten Methoden machen. Es bleibe völlig unklar, wie die Daten erhoben wurden, welche Fragekomplexe abgefragt wurden.

Es fehlten dann gänzlich Angaben darüber, wer überhaupt interviewt worden sei und nach welchen Kriterien die Befragten ausgewählt worden seien. Auch eine gründliche Auseinandersetzung mit der im großen Umfang vorliegenden Fachliteratur, zum Beispiel zum Thema Türkischer Nationalismus, sei nicht erkennbar.

Am schwersten dürfte die inhaltliche Kritik wiegen. „Die Deutungen der Neonazis bleiben meist unwidersprochen.“ (...) „Von den Interviewten angeführte ‚Tatsachen‘ bleiben meist unwidersprochen.“ Zudem sei das Bild der Neonazi-Szene in Hamm „unvollständig“. Beispielsweise fehle völlig eine Analyse des Rechts-Rock für Hamm, der als wichtiges Rekrutierungsfeld der Rechtsextremisten in Hamm gelte. Bekanntlich hätten zwei Mitglieder der Rechts-Rockband „Sleipnir“ für die Partei „Die Rechte“ bei den Kommunalwahlen 2014 kandidiert. Die



Kritik an Dr. Claudia Luzars Gutachten übt Justus Moor. ■ Fotos: Szkudlarek, pr



Studie unterschläge außerdem völlig, dass es auch weibliche Aktivistinnen in der Hammer Rechtsextremisten-Szene gebe.

Unterm Strich ziehen die haekelclub-Aktivisten ein negatives Fazit: „Durch die Schwerpunktsetzung auf die Deutungen der beteiligten Neonazi-Akteure wird der Neonazismus in Hamm tendenziell verharmlost“, heißt es. Ein großer Mangel sei zudem, dass die Studie lediglich am Rande darauf hinweise, dass die rechtsextreme Szene in einem Gewerbeobjekt am Kentroper Weg über einen Treffpunkt verfüge, wo sie

ungestört Aktivitäten planen könne. Auch der Türkische Nationalismus werde verharmlosend dargestellt.

Harsche Kritik übt der haekelclub zudem an dem Versuch der Gutachterinnen, die Antifa (Antifaschistisches Bündnis) zu dämonisieren. Die Studie unterschläge, dass sich die Antifa-Gruppe seit 2003 aktiv an den Protesten gegen Neonazidemonstrationen engagiere. Es sei bezeichnend, wie viel Raum der Kritik an der Antifa in einem ‚Gutachten‘ zum Rechtsextremismus in Hamm eingeräumt werde.

Letzter Kritikpunkt: Das enorme zivilgesellschaftliche Engagement in Hamm über viele Jahre werde „weitgehend ignoriert“. Aktivitäten früherer Bündnisse wie „Hamm stellt sich quer“ fänden keine Erwähnung. Auch andere Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sei den Autorinnen der Studie keine Zeile wert gewesen. ■ dfb

Grüne beantragen Sondersitzung

Gutachten soll Thema im Rat werden

HAMM ■ Eine Woche nach der Vorstellung des Gutachtens „Hammer Verhältnisse – Eine Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ (WA berichtete) hat die Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen gestern eine Sondersitzung des Rates noch vor der Osterpause beantragt. Grünen-Fraktionschef Reinhard Merschhaus sprach gegenüber dem WA von einer „überfallartigen Vorgehensweise“ im Jugendhilfeausschuss am 23. Februar. Es sei „ausgesprochen merkwürdig, ein 86-seitiges Gutachten als Tischvorlage vorzulegen und daraus dann auch noch die Handlungsempfehlungen für ein kommunales Handlungskonzept abzuleiten“, heißt es in einem Schreiben der Grünen-Ratsfraktion an Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann.

Erst nach der Sitzung des Ausschusses habe man die Gelegenheit zur Lektüre des Gutachtens gehabt. Dabei hätten sich erhebliche Zweifel an der Qualität des Gutachtens ergeben. „Es gibt offensichtlich erhebliche methodische Mängel und folglich auch inhaltliche Fehler“, heißt es weiter in dem Schreiben, mit dem die Ratssondersitzung begründet wird. Wel-

cher Art die angesprochenen Mängel sein sollen, haben die Grünen zunächst nicht näher ausgeführt.

Auch die persönlichen Verflechtungen der Gutachterin Dr. Claudia Luzar sprechen die Grünen offen an: Es stelle sich „die durchaus berechtigte Frage, inwiefern es klug ist, die Autorin der Studie mit deren Umsetzung zu beauftragen. Der Gedanke, die Arbeit an der Analyse könnte insofern von persönlichem Interesse geleitet sein, liegt wohl nicht ganz fern“, heißt es in dem Brief an den OB.

Auch die in dem Gutachten vorgetragene harsche Kritik an dem „Runden Tisch gegen Radikalismus und Gewalt“ wiesen die Grünen zurück: Es sei „völlig unerträglich“, ausgerechnet den Akteuren, die seit vielen Jahren am Thema Rechtsextremismus in Hamm arbeiten, ohne Not vor den Kopf zu stoßen.

Angesichts dieser Faktenlage und des Diskussionsstandes halten es die Grünen „für dringend geboten“, das Gutachten und seine Folgen nun in dem Gremium zu beraten, das den Auftrag erteilt hatte, dem Rat. Zu der Ratssondersitzung sollen auch Vertreter des „Runden Tisches“ und des „haekelclubs“ eingeladen werden. ■ **dfb** → 4. Lokalseite